



LINKE begrüßt Einlenken von K+S: „Alle Details gehören jetzt auf den Tisch“

Nach dem plötzlichen Einlenken von Kali+Salz und der Zusage, lange unter Verschluss gehaltene Verträge zur Fusion der ost- und westdeutschen Kali-Industrie dem Thüringer Landtag nun zugänglich zu machen, erklärte LINKE-Fraktionsvorsitzender Bodo Ramelow am 17. September: „Ich begrüße es ausdrücklich, dass der Konzern seine Geheimhaltungstaktik korrigieren will. Ich fordere aber ebenso ausdrücklich, dass alle Teile des Vertrags auf den Tisch gehören und alle Details, die für Thüringen für die weiteren Verhandlungen wichtig sind.“ Schließlich stehe Thüringen vor der Aufgabe, Belastungen für das Land in Millionenhöhe abzuwenden.

Die plötzliche Ankündigung von K+S sei auch auf den Druck der LINKEN zurückzuführen, die seit Monaten beharrlich dafür kämpft, dass die Zusammenhänge endlich transparent dargestellt und die Akten offengelegt werden.

Zuletzt hatte Bodo Ramelow ein Klageverfahren gegen die Geheimhaltung angekündigt. Mit Verweis auch auf das Informationsfreiheitsgesetz müssten alle nur möglichen Wege gegangen werden, um Aufklärung herbeizuführen. „Es ist gut, dass endlich Bewegung in die Sache kommt. Wir dürfen nicht auf Jahre finanziell bluten für Aufgaben, für die letztlich nicht das Land verantwortlich ist“, so Bodo Ramelow. ■

Rettung in letzter Minute: Insolvenz abwenden

Mit einem dringlichen Brief haben sich am 17. September der Thüringer Landesverband der LINKEN und die Linksfraktion im Landtag an Ministerpräsidentin Christine Lieberknecht gewandt. „Die Landesregierung sollte sich in den nächsten Stunden dafür einsetzen, dass die drohende Insolvenz der Stadtwerke Holding und der Verkehrsbetriebe von Gera abgewendet wird. Dazu müssen der Haushalt der Stadt von der Rechtsaufsichtsbehörde unverzüglich genehmigt werden und dann die notwendigen Sanierungsschritte eingeleitet werden“, unterstreichen die Thüringer Parteivorsitzende der LINKEN, Mdl Susanne Hennig-Wellsow, und Bodo Ramelow, Vorsitzender der LINKE-Landtagsfraktion.

Nach einer dringlichen Sondersitzung des Geraer Stadtrats am 15. September war unklar geblieben, mit welchen konkreten Schritten in den noch verbleibenden gut zwei Wochen die endgültige Insolvenz der Stadtwerke und Verkehrsbetriebe abgewendet werden könnte. Jetzt müsse im wahrsten Sinne des Wortes „eine Rettung kommunaler Wirtschaftsunternehmen in letzter Minute“ erfolgen, betonte Bodo Ramelow in der Pressemitteilung am 18. September. Eine umgehende Genehmigung des städtischen Haushalts sei Voraussetzung dafür, dass die Stadt die notwendigen Zuschüsse zur Finanzie-

rung der Verkehrsbetriebe aufbringen kann, um dadurch die Insolvenz abzuwenden. Zudem wäre die Kreditfinanzierung zur Übernahme der Wohnungen in städtische Trägerschaft gesichert, gleichzeitig hätten die Stadtwerke die notwendige Liquidität, um das vorläufige Insolvenzverfahren zu beenden. Ab der eingetretenen Insolvenz hätten weder die Stadt Gera noch das Land oder das Landesverwaltungsamt „irgendeinen Einfluss auf die Entscheidungen des Insolvenzverwalters“, warnten die beiden Linkspolitiker Susanne Hennig-Wellsow und Bodo Ramelow.

Die Situation in Gera kann sich deutschlandweit auswirken

Im Übrigen sei der eingetretene vorläufige Insolvenzfall „ein großer Schaden für alle Stadtwerke in Deutschland“, da er erhebliche Auswirkungen auf die Kredithöhe und Darlehenszinsen für kommunale Unternehmen mit sich bringe.

Bislang galten Stadtwerke als insolvenzgeschützt, da sie nach der allgemeinen Auffassung immer ihre jeweiligen Gemeinden und Städte oder Gebietskörperschaften als Risikoträger an ihrer Seite haben. Nun ist eine Situation eingetreten, dass eine Stadt selber keinen genehmigten Haushalt hat. Damit kann diese Konstruktion des Eintretens der Kommune für ihre kommunalen Wirtschaftsbetriebe nicht mehr aus eigener Kraft aufrechterhalten werden. In der Kon-

sequenz führt das dazu, dass sich deutschlandweit die Stadtwerke der Situation ausgesetzt sehen, dass die Banken höhere Kredite und Darlehenszinsen verlangen werden. Unabhängig davon sei es aber völlig unverständlich, warum das Landesverwaltungsamt den Geraer Haushalt nicht genehmige.

Wir stünden auch für eine Landtagsondersitzung bereit

Die Landesregierung müsse jetzt mit äußerster Dringlichkeit Voraussetzungen dafür schaffen, dass die Stadt Gera wieder handlungsfähig wird. „Es muss uns allen daran gelegen sein, dass wir über Partei- und Fraktionsgrenzen hinweg Lösungen auf den Weg bringen, die sowohl den Stadtwerken als auch der Stadt und damit den Menschen helfen“, heißt es in dem Brief von Susanne Hennig-Wellsow und Bodo Ramelow. Sollte es notwendig sein, würde DIE LINKE eine Sonder-Kabinettsitzung oder eine Sondersitzung des Landtags begrüßen und dafür sofort bereit sein.

Abschließend heißt es in dem Schreiben an die Ministerpräsidentin: „Die Situation von Gera bedarf keiner weiteren politischen Auseinandersetzung, sondern eines Zusammenstehens aller im Land verantwortlichen Politiker. In diesem Sinne unser dringlicher Appell um unmittelbare Hilfe, damit das Insolvenzrecht nicht am Schluss über die kommunale Familie triumphiert.“ ■

Nur wer kämpft, kann gewinnen

Wenige Tage vor der Landtagswahl in Thüringen kam die freudige Nachricht, dass der Streik der Kolleginnen und Kollegen von den Autogrill-Raststätten Eisenach und Höselsgau erfolgreich war. „Dieser beispielhafte Kampf hat sich wirklich gelohnt. Herzlichen Glückwunsch an die Arbeitnehmer, die einen monatelangen, kräftezehrenden Streik durchgestanden haben, um etwas zu erreichen, was eigentlich Normalität sein sollte: Einen Tarifvertrag“, erklärte Bodo Ramelow am 10. September.

Dieser Arbeitskampf erforderte viel Mut und Durchhaltevermögen. Seit April lief der Streik, seit Anfang August wurden die Raststätten unbefristet und rund um die Uhr bestreikt. Tag und Nacht und auch an den Wo-



chenenden kämpften die Autogrill-Beschäftigten gemeinsam mit der Gewerkschaft NGG. „Ich habe größten Respekt vor den Kolleginnen und Kollegen, die nicht klein beigegeben haben, sondern solidarisch für faire Arbeitsbedingungen gestritten haben. Und jetzt endlich erfolgreich wa-

ren!“ Bodo Ramelow hatte sich seit Monaten für die Forderungen der Streikenden nach besserer und vor allem tarifgebundener Bezahlung stark gemacht. LINKE-Politiker waren immer wieder vor Ort, um den Arbeitskampf zu unterstützen. „Der Erfolg ist auch ein Erfolg der NGG und

zeigt die hohe Bedeutung, die Gewerkschaften nach wie vor haben“, sagte Bodo Ramelow, der die große Solidarität mit den Streikenden hervorhob.

Foto: Ben König (Bodo Ramelow bei einer Streikaktion an der Raststätte Höselsgau im Frühsommer) ■